

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Druckerei: Nachrichten Dresden  
Neudruckerei-Gesellschaft: 95241  
Weg für Nachrichten: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Geschäftsverhältnisse:  
Dresden-N. 1, Markstraße 33/32

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.  
Wochensatzpreis für Monat Februar 5.40 RM., ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg.  
Wochensatzpreis für 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:  
die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Sammleranzeigen und Stellen-  
angebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamespalte 200 Pfg., außer-  
halb 250 Pfg., Cisterzienserstraße 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siebich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Bei **Tögel** speist man gut und preiswert!  
Bier- u. Speiserestaurant  
Prager Straße (neben Capitol)

**Brennabor** der schönste deutsche Wagen  
Dresden-N. Bautzner Straße 22  
Tel. 56448/9  
**Arthur Anders & Co.**  
Automobile u. Reparaturwerkstatt

KONDITOREI **Limberg** Erstklassige Gebäcke und Getränke  
Prager Straße 10  
Große Auswahl in Zeitungen

## Das Zentrum gibt dem Kanzler Gnadenfrist

### Mittwoch um 12 Uhr muß die Entscheidung fallen

Erfüllung der Forderungen, sonst Rücktritt des Verkehrsministers - Auch die Volkspartei bleibt auf ihrem Standpunkt - Der Verlauf der Verhandlungen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 5. Febr. In der parlamentarischen Krise, in der heute die endgültige Entscheidung darüber fallen sollte, ob das Zentrum den Reichsverkehrsminister v. Guérard zurückziehe oder nicht, nachdem die Deutsche Volkspartei sich ganz entschieden gegen die weitgehenden personellen Ansprüche des Zentrums gerichtet hatte, hat man noch einmal zum Mittel der Vertagung gegriffen. Die wirklich endgültige Entscheidung soll nun am Mittwochmittag Punkt 12 Uhr fallen. Bis dahin will das Zentrum, das bisher noch bei keiner Krise so offen seinen Machtkünften zeigte, sich gedrücken. Ist aber bis dahin seinen in immer brückerem Ton gestellten Forderungen nicht entsprochen, so wird dem Reichskanzler Müller die Freundschaft gekündigt und der Vertreter des Zentrums, v. Guérard, tritt zurück.

löhle bei der Deutschen Volkspartei starke Verstimmung gegen das Zentrum aus. Die Volkspartei blieb bei ihrer Forderung der gleichzeitigen Umbildung der Regierungen in Preußen und im Reich und lehnte die Zentrumsforderungen ab.

Angeht es dieser Lage überließ der Reichskanzler zunächst den Fraktionen das Wort. Sowohl die Fraktion der Deutschen Volkspartei als auch die Zentrumsfraktion billigten den Standpunkt der Unterhändler. Im Laufe des Abends begab sich dann der Reichsverkehrsminister v. Guérard zum Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß angesichts der Lage ihm nichts anderes übrig bleibe, als dem Wunsch seiner Fraktion entsprechend auf seinen Ministerposten zu verzichten.

Reichskanzler Müller hat nun Herrn v. Guérard, es zunächst bei dieser Ankündigung seiner Demission bewenden zu lassen, und endgültige Entschlüsse noch nicht zu fassen,

Der Gang der Verhandlungen der zu dieser Sachlage führte, war folgender: Das Zentrum stellte heute dem Reichskanzler die ultimative Forderung, zwei seiner Reichstagsfraktionsmitglieder zu Ministern für die Justiz und die bestbesetzten Gebiete zu ernennen. Würde die Ernennung nicht erfolgen, so würde das Zentrum den Verkehrsminister v. Guérard, seinen einzigen Vertreter im Kabinett, zur Demission veranlassen. Dieses Ultimatum des Zentrums machte die Aussichten für die Bildung einer Großen Koalition sofort ganz aussichtslos.

da er einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen wolle. Guérard gab von diesem Wunsch des Kanzlers telefonisch dem Fraktionsvorsitzenden Steinerwald Bescheid. Die Zentrumsfraktion erklärte sich damit einverstanden, daß die endgültige Entscheidung, ob das Zentrum seinen Minister aus dem Kabinett zurückzieht oder nicht, erst am Mittwochmittag gefaßt wird, damit der Reichskanzler noch einen letzten Versuch zur Regierungsbildung machen kann. — In welcher Weise der Kanzler die Gnadenfrist zu nutzen gedenkt, darüber verlautete nichts. Wenn die Parteien von ihrem Standpunkt nicht abgehen, oder wenn sich nicht ein ganz besonderes parlamentarisches Wunder begeben sollte, so wird Minister Guérard morgen zurücktreten. Im übrigen erklärt man in Kreisen der Regierungsparteien, daß man dem Zentrum aus seiner gegenwärtigen Haltung keinen Streik drehen wolle, sondern ihm die Rückkehr in das Kabinett offenhalten würde.

Der Reichskanzler versuchte es nun, um die augenblicklichen Schwierigkeiten zu umgehen, mit einer Zwischenlösung.

Dr. Bess sollte zum Reichsjustizminister ernannt werden. Der vom Zentrum gewünschte dritte Minister sollte aber erst dann das Ministerium für die besetzten Gebiete erhalten, wenn die Umbildung des preussischen Kabinetts erfolgt sei. Mit dieser Zwischenlösung erklärte sich aber das Zentrum nicht einverstanden. Die Tatsache nun, daß das Zentrum im Reich einen beträchtlichen Bestand an Ministerposten sammeln und zugleich in Preußen unverändert an der Macht bleiben möchte und auf keinen Ministerposten zugunsten der Volkspartei verzichten will,

Andererseits erwartet man vom Zentrum, daß es keine ausgesprochene oppositionelle Haltung gegen das Kabinett einnimmt. Zudem scheint auch der Reichskanzler entschlossen zu sein, aus der Stellungnahme des Zentrums keine Regierungskrise erwachsen zu lassen — wie er gegenüber Pressevertretern äußerte —, damit am Beginn der großen Reparationsauseinandersetzung gegen das deutsche Volk nicht directions- und führungslos dastehet.

## Reichsreform und Staatsvereinfachung

Das bayerische Beispiel

Die Ministerfehde zwischen Bayern und Preußen, die in München beinahe zu einer Regierungskrise geführt hätte, ist ein Mahnzeichen dafür, daß wir den Neubau des Reiches durch eine vernünftige und sachgemäße Reichsreform vollenden müssen, solange es noch Zeit ist. Denn nicht mehr der sachliche Gehalt der Meinungsverschiedenheiten findet in der Öffentlichkeit und besonders im Ausland Beachtung, sondern das beschämende Schauspiel, wie sich die führenden Staatsmänner der beiden größten Länder nach Art der homerischen Helden einander Grobheiten an den Kopf werfen. „Eingl in seinen Stämmen“ nennt die Verfassung in ihren einleitenden Worten das Reich. In Wirklichkeit besteht aber so etwas wie „drohender Kriegszustand“ zwischen Preußen und Bayern. Und daneben laufen vor dem Staatsgerichtshof eine Reihe von Prozessen der Länder gegen das Reich, ein unwürdiger Zustand, der aber beweißt, daß Bayern in seinem Kampfe nicht allein steht, sondern Vorkämpfer einer weitverbreiteten Verdrossenheit ist, die in den nichtpreussischen Ländern mehr oder weniger herrscht. Darum können wir auch vom sächsischen Standpunkt aus das Kesseltreiben nicht mitmachen, das die Linkspresse gegen Bayern eröffnet hat. Gewiß, die bayerischen Kräfteinbrüche, mit denen die Auseinandersetzung von München aus eingeleitet wurde, sind als Verleumdung zwischen deutschen Länderregierungen nicht zu billigen. Das hat man inzwischen auch in München eingesehen, wie der Entschuldigungsbesuch des bayerischen Gesandten in Berlin zeigt. Aber man sollte in der Aufregung darüber doch nicht vergessen, daß auch der preussische Ministerpräsident gelegentlich schon recht großförmig vorentsprechlich zu sprechen verstand, und daß es stammespsychologisch falsch ist, jedes bayerische Kernwort auf die Goldwaage zu legen. Auch der von der Linken mit großer Entrüstung erhobene Vorwurf, daß die bayerische Regierung ihre vertraulich gedachten Ausführungen vor einem Kreis ausgewählter, also ihr parteipolitisch nahestehender Pressevertreter gemacht hat, trifft nicht ins Ziel; denn in dieser Hinsicht wird in Berlin ebenso gefündigt, wenn diese Methode der Information schon eine Sünde ist. Das alles geht am Kernpunkt der Sache vorbei. Wogegen man sich im Süden, aber nicht nur im Süden wendet, das ist die Art, wie die sozialdemokratische geleitete preussische Regierung dem Ganzen ihren Willen als den Reichswillen aufzubringen versucht. Man hat eben den Eindruck, daß Preußen den Ausgleich durch gütliche Vereinbarungen nicht will, sondern die Reichspolitik so lange im Sinne eines strengen Zentralismus beeinflusst, bis Preußen wirklich das Reich ist und der Preußenar Braunschweig Parteiexzenter schwingt von der Wasserfante bis zum Aufspannen. Die einzige Lösung dieser ewigen Streitigkeiten bleibt eine gesunde Reichsreform, die das Interesse der Gesamtnation zur Grundlage des neuen Reichsbauens macht, in dem die deutschen Stämme wirklich einig und wohlgeschickert in ihren Rechten wohnen können.

## Gegen die Propaganda des Landesverrates

Deutschnationaler Vorstoß im Reichstag

Die Sozialdemokratie in Verlegenheit

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 5. Februar. Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung richtete Graf Westarp die Aufmerksamkeit des Hauses auf Vorgänge, die mit Recht einiges Aufsehen erregt haben. Unter dem Titel „Sozialdemokratie und Wehrprogramm“ ist Ende Januar eine Broschüre erschienen, herausgegeben von mehreren sozialdemokratischen Abgeordneten. Als Verlags- und Vertriebsort steht darauf zu lesen: Berlin NW. 7, Reichstag. In dieser Broschüre befaßten sich die sozialdemokratischen Artikelschreiber mit dem Wehrprogramm. Sie gehören zum linken Flügel der SPD, und ihre Abneigung, die Wehrfrage in einem staatspolitisch positiven Sinne zu entscheiden, zeigt sich in den verschiedenen Auffassen, die eher aus der Feder verböhrtester oder böswilliger Pazifisten als von einem Mann, als aus Federn von Mitgliedern einer Partei, die heute neben dem Reichskanzlerposten wichtige Missionen in der Reichsregierung innehat. Da wird der antiquierteste und verbohrteste Linkssozialismus im Ton der „Leipziger Volkszeitung“ aufgewärmt; da marschieren der ganze Phrasenschwall auf, von dem selbst verantwortliche Genossen der SPD, hoffen möchten, er wäre langsam verschwunden, oder wenigstens zu der politisch vollkommen verantwortungslosen kommunistischen Nachbarpartei abgewandert. Die Sache ist der Sozialdemokratie unangenehm und sie besitzt sich selbstverständlich, jede

Verantwortung für das Nachwort „einiger Genossen“ abzulehnen. Die Deutschnationalen aber wollen ihr die Schuld aus der Verantwortung nicht ganz so leicht machen, sie nageln die Täter fest und verlangen, daß die Reichsregierung Rede und Antwort steht. Herr Löbe will sich die Sache überlegen.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Kommunistische Anträge zur Erwerbslosenfrage liegen vor und auch die Sozialdemokratie will sich von dem Nachbar links nicht lumpen lassen.

Wenn der sozialdemokratische Antrag, unterzeichnet von Dr. Preußner und Genossen ernst gemeint ist, dann sind die Tage dieser Regierung gezählt. Gewiß, die Erwerbslosenfrage ist brennend; 2,8 Millionen wollen ernährt sein. Aber ein Blick auf den Etat und eine freundnachbarliche Anfrage Dr. Preußners beim Kollegen Hilferding mühten an sich genügt haben, um selbst den wildesten Marxisten davon zu überzeugen, daß eine weitere Verlastung unseres Staatsfädels schlechterdings nicht mehr möglich ist.

(Zitierungsbereich auf Seite 3.)

**Freiherr v. Hünefeld**  
Berlin, 5. Februar. Freiherr v. Hünefeld ist heute abend um 10 Uhr an den Folgen einer Magen- und Darmoperation im Weßfanatorium gestorben. (W.B.)